

Matthias Falter/Elisabeth Kübler (Wien)

Manifestationen des Antisemitismus im kosmopolitischen Umfeld: Eine Analyse zu Durban II¹

Die Dialektik aus Beständigkeit und Wandel antisemitischer Ideologie drückt sich in der Verschiebung einzelner Elemente des Antisemitismus vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Transformationen aus. In unserem Artikel untersuchen wir, wie sich Antisemitismus in einer kosmopolitischen Umgebung wie den Vereinten Nationen transformiert. Kernideologem ist dabei der Ausschluss Israels aus einer als homogen imaginierten Weltgemeinschaft. Mittels einer Dokumentenanalyse der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus 2009 (Durban II) und ihrer Vorbereitungstreffen zeigen wir fünf zentrale Topoi dieses kosmopolitisch gewendeten Antisemitismus auf: die Fixierung auf Israel als alleinig schuldtragend am Nahostkonflikt, die Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit, die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus, der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung sowie die Kaperung jüdischer Holocausterinnerung.

*Keywords: Antisemitismus, kosmopolitisch, UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, Durban II, Israel
Antisemitism, cosmopolitan, UN World Conference Against Racism, Durban II, Israel*

1. Antisemitismus bekommt eine globale Bühne

Antisemitische Tendenzen und Vorfälle im Rahmen der von den Vereinten Nationen organisierten World Conference Against Racism in Durban 2001, meist verbunden mit einer eindimensionalen Fokussierung auf den Nahostkonflikt, bedingten den Rückzug der israelischen und der US-amerikanischen Delegation von der Konferenz. Eine ähnliche Stoßrichtung der Vorbereitungen für die Durban Review Conference in Genf 2009 wirft die Frage nach Manifestationen und Transformationen von Antisemitismus in einem kosmopolitischen Umfeld auf.

Die nach dem faktischen Ende des Systemkonfliktes angestrebte und gleichzeitig idealisierte kosmopolitische Reorientierung internationaler Politik bietet unterschiedlichsten staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen eine Bühne. Zentrales Charakteristikum dieser Ausprägung des Kosmopolitismus ist dabei die Vorstellung einer harmonischen, auf Dialog basierenden Weltgemeinschaft, relativ unabhängig von Inhalten und Positionen einzelner AkteurInnen, die mit entsprechender Legitimation und/oder entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen und Know-how ausgestattet sind. Dabei tritt die nur scheinbar paradoxe Situation auf, dass im globalen Forum vermeintlich kosmopolitische Argumente antisemitische Manifestationen sind. Diese Problematik zeigt sich vor allem im institutionellen Rahmen der Vereinten Nationen, insbesondere der World Conference Against Racism in Durban 2001 und der Durban Review Conference in Genf 2009 („Durban II“).²

Ziel unseres Artikels ist jedoch nicht die Zusammenfassung antisemitischer Ausfälle und Zwischentöne auf den beiden sogenannten Weltantirassismuskonferenzen in Durban und Genf.

Vielmehr möchten wir anhand einer hermeneutischen Dokumentenanalyse zu Durban II (Vorbereitungsphase und Konferenz) aufzeigen, wie sich Antisemitismus – ob nun gegen jüdische Individuen, Gemeinden, Organisationen oder gegen den Staat Israel in seiner demokratischen und jüdischen Verfasstheit gerichtet – in einer kosmopolitischen Umgebung wie den Vereinten Nationen transformiert und „argumentativ“ manifestiert. Zu diesem Zweck wurden sämtliche im Vorfeld und während der Genfer Konferenz seitens der UN sowie der beteiligten Staaten und NGOs produzierten und dokumentierten Materialien untersucht. Als Kernideologem konnte der Versuch des Ausschlusses Israels aus der als homogen imaginierten Weltgemeinschaft aufgrund des ihm unterstellten partikularistischen Verhaltens festgemacht werden. Dies verdeutlicht sich wiederum in fünf Topoi antisemitischen Sprechens: die Fixierung auf Israel als alleinig schuldtragend am Nahostkonflikt, die Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit, die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus, der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung sowie die Kaperung jüdischer Holocausterinnerung. Im Folgenden findet eine kurze Rückblende auf die Ereignisse auf der World Conference Against Racism 2001 und die Vorbereitungsphase von Durban II statt. Daran anschließend werden unsere theoretischen Überlegungen aufgezeigt und die genannten fünf Topoi durch markante Textbeispiele unterstrichen. Punktuell gehen wir zudem auf Reaktionen auf die antisemitischen Äußerungen bei Durban II ein. Dabei ist zu konstatieren, dass diese antisemitischen Sprechweisen auch im Rahmen von nationalem Antisemitismus geäußert werden, weshalb der veränderte kosmopolitische Bezugsrahmen eigens hervorgehoben wird. Der explorative Charakter der gegenständlichen Untersuchung erlaubt erste Schlüsse auf die Transformation antisemitischer Agitation im kosmopolitischen Umfeld der Durban-Konferenzen, die durch Analysen an einem breiteren Textkorpus auf ein noch höheres Abstraktionsniveau gebracht werden können.

Obwohl sich der vorliegende Aufsatz mit Durban II auseinandersetzt, ist die unverhältnismäßige und tendenziell gegen Israel gerichtete Fixierung der Vereinten Nationen, ihrer Gremien und Teilorganisationen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt während der letzten sechs Jahrzehnte (vgl. Mréjen 1998; UN Watch 2007) mit dem negativen Höhepunkt der 1975 verabschiedeten und 1991 zurückgenommenen Resolution 3379 zur Kennzeichnung von Zionismus als Form des Rassismus mitzudenken. Zugleich gibt es jedoch die Berufung auf den Zweiten Weltkrieg als Gründungsmoment der Nachfolgeorganisation des gescheiterten Völkerbundes und den damit verbundenen Einsatz zu Holocausterinnerung und Genozidprävention ab der Jahrtausendwende. Unmittelbarer Vorläufer der Ereignisse von Genf war die Konferenz in Durban 2001, deren breite Agenda zur Bekämpfung von Rassismus zu einem ausschließlich gegen Israel und jüdische NGO-VertreterInnen gerichteten Tribunal umfunktioniert wurde, was letztlich zur Abreise der israelischen und US-amerikanischen Delegationen führte. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits beim Vorbereitungstreffen der Regionalgruppe Asien in Teheran 2001 ab (Lantos 2002, 34) und wurde besonders beim NGO-Forum an den Tagen vor Konferenzbeginn manifest (Matas 2001).

Die Deklaration des NGO-Forums von Durban 2001 enthielt beispielsweise Forderungen nach der Ausdehnung des Antisemitismusbegriffes auf AraberInnen bzw. MuslimInnen, nach der Brandmarkung Israels als Apartheidstaat, der bereits im Zuge seiner Gründung genozidale Handlungen und ethnische Säuberung gegen PalästinenserInnen verübt hätte, sowie nach einer Politik der Ächtung, wie sie von der internationalen Gemeinschaft gegen Südafrika betrieben worden war (34).³ Die Deklaration der Staatenkonferenz war wesentlich zurückhaltender, griff jedoch entgegen der ursprünglichen Intention, globale Phänomene zu behandeln, mit ihrer Besorgnis zur Notlage der PalästinenserInnen ebenfalls ein länderspezifisches Beispiel heraus (35). In

beiden Dokumenten wurde zu Antisemitismusbekämpfung und Holocausterinnerung aufgerufen. Die Schlussstatements der Staatendelegationen reichten von Australien, Guatemala und Kanada, die sich klar gegen die Ereignisse in Durban positionierten, bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, die im Namen von Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar und Saudi-Arabien kundtaten, dass der Terminus Holocaust (im iranischen Statement bezeichnenderweise *holocaust* mit Kleinschreibung) nicht auf das historische Ereignis in Europa und eine bestimmte Opfergruppe beschränkt wäre, „as is clearly demonstrated by the daily racist practices that are being witnessed in the occupied Arab territories“ (35, 122). Selbst der israelischer Politik neutral bis kritisch gegenüber stehende Michael Banton schloss, dass in Durban die Chance auf eine breite Debatte zu Rassismus, Kolonialismus und Sklaverei durch die obsessive Fokussierung auf Israel vertan worden war (Banton 2002, 359).

Im Jahre 2006 beschloss die UN-Generalversammlung per Resolution (36) die Abhaltung einer Review Conference über die Implementierung der Durban-Deklaration und des Aktionsprogrammes und beauftragte den HRC mit den Vorbereitungen für Durban II. Bereits Ende 2008 nahm das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay gegen die medial erhobenen Vorwürfe, wonach Durban II zu einer antisemitischen Hassorgie ausarten würde, Stellung. Dabei wurde angeführt, dass in der Deklaration und im Aktionsprogramm von 2001 nur sechs von 341 Paragrafen auf die Lage im Nahen Osten eingehen, gleichzeitig aber Antisemitismus verurteilt und zur Erinnerung an den Holocaust aufgerufen worden sei. Außerdem rechtfertigte sich Pillay gegenüber ihren KritikerInnen damit, dass es neben dem libyschen Vorsitz und den iranischen und kubanischen Vizevorsitzen im Lenkungsausschuss zur Vorbereitung der Konferenz 17 andere, auch europäische stellvertretende Vorsitzende gäbe (16). Dennoch entschlossen sich angesichts der sich abzeichnenden Stoßrichtung von Durban II Australien, Deutschland, Israel, Italien, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Polen, und die USA, der Konferenz fernzubleiben. Desgleichen wurde kein der Konferenz 2001 in Südafrika vergleichbares NGO-Forum veranstaltet, wiewohl mehrere Hundert NGOs teilnahmen und nach Annahme der Abschlusserklärung durch Akklamation auch gehört wurden. Alle für das Durbaner NGO-Forum akkreditierten Nichtregierungsorganisationen waren auch in Genf zugelassen; nur Widerspruch von Seiten eines Staates konnte diese verhindern (15). Ein Eklat im Vorfeld von Durban II betraf den Rückzug des Canadian Council for Israel and Jewish Advocacy nach scharfen Protesten des Iran beim Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (50).

Zur Quellenlage ist anzufügen, dass beide Konferenzen trotz hoher medialer Aufmerksamkeit in der allgemeinen Rassismusforschung wenig reflektiert wurden. Völlig anders verhält es sich mit Teilen der Antisemitismusforschung, wo aus gegebenem Anlass reichhaltig zu diesem Thema publiziert wurde, wobei sich vor allem AutorInnen hervortaten, die im Schnittpunkt zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischem, oftmals pro-israelischem Engagement zu verorten sind. Diese Tendenz spiegelt sich in der Auswahl unserer Sekundär- wie auch Primärliteratur wider. Die Primärmaterialien, also die vor und während Durban II entstandenen Dokumente, sind zwar auf diversen UN-Seiten auffindbar, werden jedoch von Webangeboten wie *Durbanreview*, *NGO Monitor*, *Eye on the UN* und *UN Watch* nach antisemitismus- und israelrelevanten Gesichtspunkten geordnet. Trotz Konsultation dieser Websites wurde dem Erfassen des Entstehungszusammenhanges der Dokumente hohe Aufmerksamkeit eingeräumt.

2. Kosmopolitisierung transformiert den Antisemitismus

Wie eingangs festgehalten, erkennen wir aus der hermeneutischen Untersuchung aller relevanten Dokumente, dass der Versuch des Ausschlusses des Staates Israel aus der als homogen imaginierten Weltgemeinschaft als Kernideologem des kosmopolitisch gewendeten Antisemitismus auszumachen ist. Unsere theoretischen Überlegungen beziehen sich konsequenterweise auf die Dialektik von Beständigkeit und Wandel des Antisemitismus, auf Kosmopolitismus, auf den Staat Israel als antisemitisches Hassobjekt sowie schließlich auf die Typologisierung der konkreten Ausprägungen des Antisemitismus in den Durban-II-Materialien.

Die Dialektik von Bruch und Kontinuität bringt eine Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Elemente und Motive mit sich, wie sie antisemitischem Denken ohnehin immanent sind: imaginierte Macht und reale Marginalisierung, Identifikation der Juden und Jüdinnen mit Modernisierung bei gleichzeitigem Vorwurf anachronistischen Denkens, Universalismus und Partikularismus. Antisemitismus als „negative Leitidee der Moderne“ (Salzborn 2010) richtet sich gegen Juden/Jüdinnen als nichtidentische Dritte (ebd., 338). In dieser tendenziell manichäischen Denkstruktur werden gesellschaftliche Phänomene und als negativ empfundene Aspekte der Moderne auf Juden/Jüdinnen projiziert und somit personalisiert. Grundlage des modernen Antisemitismus war die jahrhundertelange Tradition des christlichen Antijudaismus, der sich vor dem Hintergrund der Aufklärung, gesellschaftlicher Modernisierung und Industrialisierung transformierte (Mac-coby 2006). Dem traditionellen Antisemitismus der Moderne ist vor dem Hintergrund nationalstaatlicher Vergesellschaftung eine starke nationale Komponente immanent (Holz 2001). In der antipluralistischen Feindschaft gegen und Ausgrenzung von Juden/Jüdinnen wird eine vermeintlich homogene, von allen Konflikten befreite (nationale) Gemeinschaft konstruiert. Dennoch kann moderner Antisemitismus nicht auf die nationale Ebene reduziert werden, sondern es sind auch dessen internationales Moment (Arendt 2001, 208) und seine transnationale Erscheinung zu reflektieren.

Im vorliegenden Aufsatz stellen wir auf die Transformationen antisemitischen Ressentiments vor dem Hintergrund kosmopolitischer Deliberation und der Idee einer harmonischen Weltgemeinschaft ab. Wir beziehen uns dabei auf Kosmopolitismus als politisches Programm und nicht als soziologischen Befund oder methodologischen Ansatz. In den 1990er-Jahren wurde tatsächlich die Hoffnung auf eine globale Ausbreitung demokratischer Herrschaftsformen nicht nur innerhalb einzelner Nationalstaaten, sondern vor allem in den Beziehungen zwischen Staaten gehegt. Daniele Archibugi und David Held formulierten unter anderem die Forderung nach einem direkt gewählten, wenn auch Bevölkerungsgröße und wirtschaftliche Stärke proportional berücksichtigenden Weltparlament, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen ergänzen und somit die staatliche Souveränität verringern sollte (Archibugi 1995; Held 1995). Damit wurde jedoch die Rolle der Vereinten Nationen als potenziell alle Staaten der Welt umfassende Gemeinschaft, die – anders als der Europarat und die Europäische Union – keine regionalen Beschränkungen oder Auflagen im Sinne westlich-liberaler Demokratiestandards und zunehmend auch spezifisch in Bezug auf Holocausterinnerung und Antisemitismusbekämpfung an eine Mitgliedschaft stellt, nochmals unterstrichen. Eine kosmopolitischere UN bedeutet Archibugi und Held zufolge zwar neue, dem Prozedere nach demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten nichtstaatlicher AkteurInnen, gibt jedoch keine Auskunft über die inhaltliche Qualität derselben.

Die nach dem Ende des Kalten Krieges euphorisch aufgestellte Agenda für die kosmopolitische Reorganisation inter- und transnationaler Politik bildete jedoch auch ein neues Setting für Antisemitismus. Die aktuelle kosmopolitische Verfasstheit öffnet einen Raum, in dem staatliche

und nichtstaatliche AkteurInnen antisemitisch sprechen und somit handeln, ohne dass dies ihre Teilnahme delegitimieren würde. Zudem wird deutlich, dass sich der Antisemitismus im kosmopolitischen Umfeld einerseits im Singling-out gegen Juden/Jüdinnen und Israel und dem damit verknüpften Ausschluss aus der als homogen imaginierten „Weltgemeinschaft“ und andererseits dem Partikularismusvorwurf aufgrund des Festhaltens an staatlicher Souveränität als auch aufgrund des Bestehens auf Erinnerung an jüdische Opfererfahrung äußert.

Selbstverständlich sind weder die Idee des Kosmopolitismus und die Forderung nach einer Kosmopolitisierung internationaler Beziehungen noch Kritik an Israel per se antisemitisch. Wenn allerdings, wie im Rahmen dieses Artikels noch zu zeigen sein wird, vordergründig kosmopolitisch gewendete Argumente vor dem Hintergrund einer real nationalstaatlich verfassten Weltgesellschaft für die Exklusion Israels aus der Gruppe als legitim betrachteter Staaten vorgebracht werden und damit die Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit betrieben wird, dann muss von Antisemitismus gesprochen werden. Dabei wird der sich selbst als demokratisch und jüdisch definierende und von außen als jüdisch rezipierte Staat Israel als nationalistischer Störfaktor in einer nationale Begrenzungen zunehmend überwindenden Welt wahrgenommen, wobei das Fortbestehen nationalstaatlicher Souveränität und Entscheidungsmacht gerade in Bereichen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit empirisch nachprüfbar bleibt (Ben-Yisrael 2004; Freedland 2003; Finkielkraut 2004; Kübler 2008). Die einer nationalstaatlich verfassten Weltgesellschaft notwendig immanente Spannung zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus wird an Israel festgemacht und darauf verschoben. Defensiver, nicht zuletzt realpolitisch umgesetzter Partikularismus wird im Namen eines normativ gesetzten Kosmopolitismus angegriffen, der Juden/Jüdinnen abspricht, was anderen vorbehaltlos zugestanden wird: Nationalstaatlichkeit. Die Realität einer konflikthaften und partikularistischen *Weltgesellschaft* wird von der Ideologie einer harmonischen, jegliche Differenzen in Form von Dialog überwindenden *Weltgemeinschaft* ausgeblendet. Die Konfrontation mit gesellschaftlicher Realität wird auf ein nichtidentisches Drittes projiziert, das somit zum Symbol für (imaginierte) negative Seiten der Moderne gemacht wird. Israel wird damit dieser manichäischen Logik folgend zum alleinigen Urheber nationalistischer Ausgrenzung imaginiert und in eine permanente „Situation der Schuld“ (Sartre 1994, 54), die zu ständigen Rechtfertigungen zwingt, gebracht. Die Arbeitsdefinition des früheren European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) zu Antisemitismus reflektiert diese Schnittstelle zwischen gegen Israel gerichteter Politik und Antisemitismus, indem das Gleichsetzen des Rechtes auf jüdische staatliche Selbstbestimmung mit Rassismus als antisemitisch markiert wird. Israel wird, zugespitzt ausgedrückt, zum „Juden unter den Nationen“.

Obwohl die Charakterisierung Israels als jüdischen Staat die gesellschaftliche israelische Realität ebenso nur bedingt widerspiegelt wie die Legitimation israelischer Staatlichkeit durch die Shoah, so erscheint es sowohl aufgrund von Eigendefinition als auch Außenwahrnehmung notwendig, diesen Umstand zu betonen. Der Staat Israel ist dabei nicht von allgemeiner Staatskritik auszunehmen, wobei diese jedoch nicht nur grundlegende Strukturprinzipien moderner Staatlichkeit, sondern auch reale Umsetzung und damit etwa den Unterschied zwischen Diktatur und liberaler Demokratie reflektieren muss. Ebenso wie Antisemitismus nach Auschwitz die Abwehr der Erinnerung an die Shoah in sein ideologisches Konzept mit einbezog, wurden der Zionismus und seit 1948, vor allem aber seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967, beständig auch Israel in die Struktur des antisemitischen Ressentiments eingebaut. So wie sich moderner Antisemitismus angesichts der Emanzipation von Juden/Jüdinnen transformierte, so wurde auch die Begründung jüdischer Staatlichkeit zum Anlass – nicht zur Ursache – für neue bzw. umgedeutete Momente im antisemitischen Denken.

Die Ergebnisse der Dokumentenanalyse lassen eine Typologisierung des Singling-out des jüdischen (und demokratischen) Staates Israels aus der harmonisch gedachten Weltgemeinschaft anhand von fünf distinkten Topoi antisemitischen Sprechens zu. Israel wird die alleinige Schuld am Nahostkonflikt zugeschrieben, während die Legitimität jüdischer Staatlichkeit in Abrede gestellt wird. Nicht nur wird der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung gepflegt, sondern sogar Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Schließlich wird jüdische Holocausterinnerung ohne Rücksichtnahme auf ihre TrägerInnen in Anspruch genommen. Zugegeben sind diese Themenstränge aus dem nationalen Antisemitismus der Nachkriegsjahrzehnte, im Falle des Mythos einer jüdischen Weltverschwörung auch aus früheren Formen des Judenhasses, bekannt. Bevor die konkreten Ausprägungen anhand von Textbeispielen aus den Durban-II-Dokumenten aufgezeigt werden, gilt es hier, die Entfaltung dieser Topoi im kosmopolitischen Bezugsrahmen einer theoretischen Klärung zuzuführen.

Durch die permanente und unverhältnismäßige sowie eindimensionale Fixierung auf Israel als alleinig schuldtragend am Nahostkonflikt wird der sich selbst als jüdisch definierende und von außen als jüdisch wahrgenommene Staat Israel zunehmend seiner legitimen Mitgliedschaft in der internationalen Gemeinschaft entledigt. Kehrseite dieses dichotomen Denkens ist die vollständige Viktimisierung der PalästinenserInnen, die Konstruktion eines einheitlichen (Opfer-) Kollektivs und die damit einhergehende Ausblendung des Handelns von PalästinenserInnen (Hirsh 2007, 11). Jüdische Staatlichkeit in ihrer Realisierung im Nahen Osten und das allen anderen souveränen Staaten zugesprochene Recht auf militärische Verteidigung werden delegitimiert, wobei unter anderem der jüdische Selbstdefinition missachtende Hinweis strapaziert wird, wonach Judentum lediglich eine Religion sei und daraus kein Anspruch auf national definierte Kollektivität erwachsen könne. Letzte und fast zwingende Konsequenz des Singling-out ist die tendenzielle Konstruktion Israels und von Juden/Jüdinnen als globales mit der Weltgemeinschaft nichtidentisches Drittes. Der Kampf gegen Israel wird in diesem Denken notwendige Bedingung im Kampf für die Ideologie einer scheinbar konfliktfreien und dialogbasierten internationalen Gemeinschaft. Dabei wird Israel als vermeintlich idealtypische oder zumindest besonders repräsentative staatliche Materialisierung rassistischer Politik imaginiert. Die nicht überbietbare Steigerung davon ist die Gleichsetzung israelischer Politik, Gesellschaft und militärischen Handelns mit dem Nationalsozialismus.

Die Kaperung partikular jüdischer Erinnerung an den Holocaust reicht über den unmittelbaren erinnerungspolitischen Kontext hinaus. Ab den späten 1990er-Jahren wurde ein Paradigma handlungsleitend, das wir in Anknüpfung an Daniel Levy und Natan Sznaider (2007) als kosmopolitische Holocausterinnerung bezeichnen. Die Kosmopolitisierung der Erinnerung bringt den Kampf um Anerkennung als Opfer mit sich, der sich besonders im Fall der Delegitimierung Israels und der Shoah als jüdische Erfahrung bzw. durch die Relativierung derselben ausdrückt. Es wird versucht, sowohl den Begriff des Antisemitismus selbst als auch jenen des Holocaust umzuschreiben. Die Universalisierung des Begriffs des Holocaust zur Typologisierung anderer Verbrechen und zur moralischen Legitimation damit verbundener Leidenserfahrungen wird dann antisemitisch, wenn israelisches Verhalten gegenüber PalästinenserInnen als gleichsam nazistisch beschrieben oder die tatsächliche Dimension der NS-Verbrechen durch empirisch nicht nachvollziehbare Gleichsetzungen mit anderen Formen der Unterdrückung und Diskriminierung trivialisiert werden. Retrospektiv waren die Vereinten Nationen bereits in der Phase der Dekolonisierung ein Ort, wo ehemals unterdrückte und danach zur Unabhängigkeit gelangte Staaten zumindest symbolische, aber auch handfeste Politik gegen ihre früheren KolonialherrInnen machen konnten, wobei oftmals wiederum der Regimecha-

rakter der aus den Kolonien entstandenen Staaten zugunsten einer vielfach ethnizierenden und essentialistisch aufgeladenen Antiimperialismus-Ideologie in den Hintergrund rückte (Whine 2009, 20). Mit der Kosmopolitisierung von Holocausterinnerung knapp vor der Jahrtausendwende setzte sich jedoch eine Form vordergründig entideologisierten Strebens nach Anerkennung der eigenen Opfererfahrung als *holocaustartig* durch, die sich gewissermaßen spiegelbildlich zum Konzept einer jegliche ideologische Differenzen einebnenden Global Governance verhält.

Im Kampf um Anerkennung eigener Unterdrückungserfahrung, nicht zuletzt aber auch zur Durchsetzung eigener politischer Ziele, wird Holocausterinnerung zu einem umkämpften Feld, wo konkurrierende Deutungen der NS-Massenvernichtung bis hin zu ihrer kompletten Leugnung Verhandlungsgegenstand sind. Der sekundäre Antisemitismus, hinlänglich bekannt aus dem Kontext der NS-Nachfolgestaaten, globalisierte sich insofern, als Juden/Jüdinnen sowie Israel unterstellte Privilegien aus der Opfererfahrung beansprucht werden (Hirsh 2007, 31, 45), um eigene staatliche oder nichtstaatliche Positionen moralisch zwingend aufzuladen oder zu immunisieren. Antisemitische Weltverschwörungsmythen halluzinieren die Erinnerung an die Shoah als ultimatives *jüdisches* Druck- und Unterdrückungsmittel gegen den Rest der Menschheit. Die Parallelität von UN-Bemühungen zur Erinnerung an den Holocaust und zur Verhinderung anderer Genozide (wozu auch die in Ansätzen selbstkritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Vereinten Nationen in Ruanda gehört) einerseits und von antisemitischen Ausbrüchen wie jene im Umfeld der beiden Durban-Konferenzen andererseits ist somit kein Zufall. Die kosmopolitische Aneignung des jüdischen Opferstatus hat zu einer Transformation des antisemitischen Ressentiments geführt. Weil Juden/Jüdinnen und Israel unterstellt wird, durch ihr reales und tradiertes Opfersein sich zu bereichern und gegen Kritik zu immunisieren, ist es nunmehr für Staaten und Kollektive scheinbar erstrebenswert, für sich selbst eine holocaustähnliche Geschichte zu reklamieren. Nicht Wehrhaftigkeit, sondern Ausgeliefertsein und Hilflosigkeit werden dabei als *Maxime* konstituiert. Die legitime Forderung nach angemessener Erinnerung an, Entschuldigung für und Kompensation von Kolonialverbrechen wie der Sklaverei wird in diesem Zusammenhang im Kampf um den ultimativen Opferstatus in Stellung gebracht, so als ob Vernichtung ein Privileg wäre.

3. Die Delegitimierung Israels und der Kampf um seinen unterstellten Opferstatus

Im kommenden Abschnitt werden die fünf Topoi antisemitischen Sprechens bei Durban II – die Fixierung auf Israel als alleinig schuldtragend am Nahostkonflikt, die Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit, die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus, der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung sowie die Kaperung jüdischer Holocausterinnerung – durch Auszüge aus den relevanten Dokumenten untermauert.

Die Tendenz, Israel die alleinige Schuld am Nahostkonflikt zuzuweisen, spiegelte sich beispielhaft in einer Sitzung des UN Human Rights Council (HRC) im Jahr 2009 wider. Südafrikas Außenminister begrüßte in seinem Statement die Fokussierung auf die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten (43). Gegen dieses Singling-out von Israel und die häufig damit einhergehende Relativierung von Antisemitismus und des Holocaust traten in dieser Sitzung des HRC explizit die Niederlande (41) und das Vereinigte Königreich (44) auf. In einem Statement zum Vorbereitungsprozess forderte Pakistan im Namen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) 2007, „(to) move the spotlight on the continued plight of Palestinian people“ (49).

In den Monaten der intergovernmentalen Entwurfsphase des Abschlussdokumentes wurde an einem Kapitel zur Lage im Nahen Osten gefeilt, wobei Syrien eine Referenz auf die auf den Golanhöhen lebenden Menschen ohne israelische Staatsbürgerschaft einforderte und der Aktualität halber ein Verweis auf die Situation im Gazastreifen erwogen wurde (45). Unter dem Titel der fremden Besetzung von Land wurde dabei wiederum primär die Situation der PalästinenserInnen, nicht jedoch anderer kolonisierter oder okkupierter Regionen abgehandelt (47). Auf der Durban-II-Konferenz machte der Repräsentant Ägyptens allein Israels Politik für die Situation der palästinensischen Bevölkerung verantwortlich (23). Pakistan betonte die Notwendigkeit, gegen Diffamierung des Islam und die Besetzung von „Muslim lands“ zu kämpfen (29). Ähnlich äußerte sich der Vertreter des Sudans, der „heinous crimes committed against the Palestinian people by the Israeli occupation“ beklagte (31). Saudi-Arabien identifizierte mit dem Kampf gegen Rassismus ebenfalls einzig den Kampf für palästinensische Selbstbestimmung (30). In seiner Antwort auf den Fragenkatalog des Vorbereitungskomitees bezüglich der Umsetzung des Aktionsprogramms von 2001 durch die einzelnen Staaten verwies der Iran stattdessen auf die Situation in den palästinensischen Gebieten (51).

Zahlreiche der Durban-II-Statements waren nicht nur auf Israel fixiert, sondern delegitimierten den israelischen Staat insbesondere in seiner realen geografischen Lage. Der Vertreter des Iran sprach im Human Rights Council von „illegitimate Zionist regime“, „which was founded on the basis of unleashed terror“ (40). Die Organisation Islamischer Staaten (OIC) verurteilte ebendort „Israeli practices and policies in the Israeli-occupied Palestinian territories“ und „the brutal massacre“ in Gaza. Israel müsste von weiteren Kriegen abgehalten werden (42). Der palästinensische Außenminister setzte den Beginn der israelischen Okkupation schließlich 1948 und nicht erst 1967 an: „(F)or over 60 years the Palestinians had been suffering under occupation.“ (14)

Wurde Israel rassistisches, kolonialistisches oder sogar nazistisches Handeln vorgeworfen, so wurde der Delegitimierung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eigentlichen Konferenzthemas besonderes Gewicht verliehen. Die Nichtregierungsorganisation People United Against Racism betont in ihrem Redebeitrag „ongoing atrocities, extreme forms of institutionalised discrimination and racist colonialist practices committed against the Palestinian People“ (13). In einem gemeinsamen *Statement against Islamophobia* beschuldigten mehrere NGOs die israelische Regierung einer „policy of slow ‚ethnic cleansing‘“, während später im Dokument westliche Kritik an der sudanesischen Politik in Darfur als Beispiel für Islamophobie angeführt wurde (7). Auch ein kollektiver Beitrag von NGOs against racism against Arabs, Africans and Muslims führte als Beispiel für Rassismus die israelische Politik und den Krieg in Gaza an und wies internationale Kritik am Sudan zurück (12). Das iranische Neda Institute for Scientific and Political Research machte für den Gaza-Krieg 2008/09 „incessant indoctrinations of racial superiority and incitement to hatred“ auf israelischer Seite verantwortlich und assoziierte israelische Politik implizit mit dem Nationalsozialismus, als resümierend propagiert wurde, dass allein der Kampf gegen Konzepte „rassistischer“ Überlegenheit „a genuine opposition to Nazism“ wäre (11). Im vom Iran während der Konferenz zweifach gebrauchten Antwortrecht verurteilte der iranische Vertreter unter indirektem Verweis auf Israel/Palästina zwei Tage nach Ahmadinejads Rede „in strongest term the mass killings of people, especially innocent women and children, in a systematic manner“ (3). War der Vergleich mit dem südafrikanischen rassistischen Apartheidsregime in Durban 2001 vor allem im NGO-Bereich noch äußerst verbreitet, so gehörte er im Vorfeld zur Genfer Veranstaltung zu den extremsten bzw. am seltensten dokumentierten Ausprägungen (54). So schrieb die palästinensische NGO Badil in einem offenen Brief anlässlich

der Regionalkonferenz Lateinamerika für Durban II, dass der Kampf gegen „Israel’s colonial apartheid regime (...) one of the cornerstones of the struggle against state-sponsored racism and ongoing colonial policies worldwide“ wäre (57). Die Projektion von Rassismus auf andere wurde in Durban II sichtbar. Libyen behauptete zum Beispiel auf der Regionalkonferenz Afrika, dass im eigenen Land keine Diskriminierungen vorfielen, es aber im Gegensatz dazu Rassismus im „struggle against imperialism, fascism and racism“ international bekämpfen würde (56).

Ein weiterer prominenter Themenstrang antisemitischen Sprechens bei Durban II betrifft die Bedienung von Weltverschwörungsmythen. Die medial meistrezipierte Rede von Durban II war sicherlich jene des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinejad, der in Verknüpfung mit einer Kritik der Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates in verschwörungstheoretischer Argumentation Israel als von den Supermächten etabliertes „totally racist government in the occupied Palestine“ (25) bezeichnete. „It is all the more regrettable that a number of Western governments and the United States have committed themselves to defend those racist perpetrators, whilst the awakened conscience and free-minded people of the world condemn the Zionist crimes of aggression carnage and other brutalities of bombardments of civilians in Gaza.“ (26) Ahmadinejad beschuldigte „die Zionisten“, nicht nur die palästinensische Bevölkerung vertrieben, sondern auch die Kriege gegen Afghanistan und den Irak geplant zu haben. Gleichzeitig brachte er in klassisch antisemitischer Manier „die Zionisten“ und mit ihnen die US-Administration mit der globalen Finanzkrise in Verbindung und personalisierte mithin gesellschaftliche, politische und ökonomische Verhältnisse, indem er diese auf das Handeln einer imaginierten kleinen verschwörerischen Gruppe reduzierte. Rassismus wurde von Ahmadinejad mit diesem „global Zionism“ identifiziert. Es bestünde zudem kein Zweifel, so der iranische Präsident, dass „conspiracies of some powers and Zionist circles against the goals and objectives of this conference“ stattgefunden hätten. In Absage an Kommunismus und westlichen Liberalismus zeichnete er abschließend das Bild einer globalen Gemeinschaft, die von allen Konflikten (gewaltsam) bereinigt, gegen Rassismus erfolgreich kämpfen würde (25). Protest an diesen Ausfällen kam etwa von Schweden im Namen der EU, das die Rede Ahmadinejads zurückwies (32). Der Vertreter Norwegens konstatierte, dass der iranische Präsident mit dieser Rede den Boden der Deklaration verlassen habe (27). In einer ähnlichen Weise äußerten sich auch Belgien und das Vereinigte Königreich, deren Delegationen gemeinsam mit 21 anderen europäischen Staaten angesichts der antisemitischen Rede den Saal verlassen hatten (33). Auch vonseiten der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navenethem Pillay und vom UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon erfolgten klare Zurückweisungen (19).

Doch auch abseits des medialen Scheinwerferlichtes wurden ähnliche verschwörungstheoretische Äußerungen getätigt. Das Europe – Third World Centre⁴ beschwerte sich beispielsweise in seinem Statement über „the disinformation propagated by the majority of the Western media“, deren Thematisieren antiisraelischer und antisemitischer Tendenzen im Rahmen von Durban II nur dazu gedient hätte, Kritik an der „globalization as imposed by the financial oligarchies, the transnational corporations with planetary ambitions und the great powers“ zu unterdrücken (9). Jerry Leaphart von der Nichtregierungsorganisation Professional Institute for Advanced Wound Recovery hielt in seinem Statement fest, dass er eine Petition an die Redaktion des *Oxford English Dictionary* gerichtet hätte, damit diese den Begriff *antisemitisch* lösche, würde dieser doch fälschlich PalästinenserInnen, AraberInnen und andere Menschen aus dem Mittleren Osten von seiner schützenden Aura ausschließen und nur den Interessen der Israelis/Israelinnen dienen, obwohl diese großteils osteuropäisch und ethnisch nicht „semitisch“ seien.

Leaphart beklagte sich zudem, dass die Konferenzorganisation seine Aussage nicht im Intranet veröffentlichen würde (6).

Spiegelbildlich zu oben genannten Versuchen, israelische Politik in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken, verhält sich die zunehmend zu beobachtende Kaperung jüdischer Holocausterinnerung. Obwohl Ahmadinejads Rede im Gegensatz zur vorher einsehbaren Übersetzung die Passage über „the ambiguous and dubious question of holocaust (sic!)“ und auch die explizitere Ausformulierung seines verschwörungstheoretischen Antisemitismus wegließ (26), bot er doch eine breite Palette antisemitischer Stereotype. Auch die Rednerin der NGO Drammeh Institute⁵ bediente sich mit der Formulierung des „Holocaust of African Enslavement“ (6) einer die Shoah relativierenden Argumentation. Pakistan betonte die Notwendigkeit, gegen Diffamierung des Islam und die Besetzung von „Muslim lands“ zu kämpfen (29). Algerien forderte etwa in einem Statement zum Report des UN-Sonderberichterstatters über aktuelle Formen des Rassismus, dass Antisemitismus nicht „the privilege of a small small (sic!) group“ wäre, sondern sich auch und vor allem gegen AraberInnen richten würde (39). In einem schriftlichen Beitrag forderte die OIC zu Beginn der zwischenstaatlichen Vorbereitungstreffen die Aussetzung der Meinungsfreiheit bei der intellektuellen und ideologischen Entwertung von Religionen, aktuell besonders des Islam (55). In zahlreichen Berichten über Rassismus und Diskriminierung wurden *Islamophobie*, Antisemitismus und *Christianophobie* behandelt, wobei der Schwerpunkt tendenziell auf der mit dem Begriff *Islamophobie* gefassten Feindschaft gegen MuslimInnen lag. Die Festlegung des Abschlussdokumentes, wonach es keine Opferhierarchie geben darf (1), wurde dabei geradezu konterkariert. Die letztlich nicht in das Abschlussdokument von Durban II aufgenommene Suspendierung der Meinungsfreiheit im Falle der Diffamierung von Religionen, besonders des Islam, liest sich wie eine Verlängerung der strikten Bestimmungen gegen Holocaustverharmlosung und Holocaustleugnung in vielen kontinentaleuropäischen Staaten oder der entsprechenden Verurteilung durch die UN-Resolution.

Dennoch wurden auch Antisemitismus und Zusammenhänge zwischen diesem und Antizionismus vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes thematisiert (38). Im Zuge des Vorbereitungsprozesses nahm außerdem die Diktion *Antiarabismus* Einzug (48). In einem anderen Bericht zu gegenwärtigen Formen des Rassismus wurde neben der eingängigen Behandlung des Phänomens der *Islamophobie* auch auf neue Formen des Antisemitismus in Europa verwiesen, sowie Kritik am iranischen Präsidenten Ahmadinejad hinsichtlich seiner Forderung nach der Auslöschung Israels und der Infragestellung des historischen Faktums des Holocaust geübt (37). Mehrere Berichte der UN, die jeweiligen EU-Ratspräsidentschaftsinhaber und andere Staaten wie das Vereinigte Königreich bzw. während der Konferenz der Europarat riefen gegen das Vergessen des Holocaust auf, was mit der Forderung nach der Implementierung der Resolutionen 60/7 zu Holocausterinnerung und 61/225 zur Verurteilung der Holocaustleugnung einhergeht (46). Bemerkenswert ist, dass aus dem Paragrafen zum Holocaust der Hinweis auf seine jüdischen Opfer herausreklamiert wurde (45). An einen Paragrafen zur Erinnerung an die Ermordung von einem Drittel aller Juden/Jüdinnen im Nationalsozialismus knüpft der allgemeine Appell an die internationale Gemeinschaft „to honour the memory of the victims of past tragedies and further note that some have taken the initiative of regretting or expressing remorse or even presenting apologies“ (47). Die historisch nicht haltbare Ausdehnung auf antiarabische bzw. antimuslimische Ressentiments vermittelt essentialistischer Umdeutung, wie es 2001 massiv und 2008 beispielsweise von einer algerischen Vorbereitungsdelegation betrieben wurde (53), führt zur Entleerung der Spezifität jüdischer Geschichte. Damit einher ging oft die Ablehnung einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus selbst. So forderte der pakistanische Repräsentant im Namen der OIC

bei den Sitzungen des Vorbereitungskomitees für Durban II, dass die Konferenz „should not turn into an anti-Semitism exercise“ (49).

4. Antisemitische Agitation und globaler Dialog

Entgegen den zahlreichen Fokussierungen auf den Nahostkonflikt versucht das Abschlussdokument von Durban II zwischen den einzelnen Positionen zu vermitteln. Der Anstieg von Antisemitismus, *Islamophobie*, *Christianophobie* und *Antiarabismus* wird beklagt, die Staaten werden aufgefordert, neonazistische, neofaschistische und nationalistische Gewalthandlungen zu bestrafen, den Holocaust niemals zu vergessen und die Resolutionen 60/7 und 61/225 umzusetzen. Außerdem „slavery and the slave trade, including transatlantic slave trade, apartheid, colonialism and genocide must never be forgotten and in this regard welcomes actions undertaken to honour the memory of victims“ (1, § 62). Es findet sich keine Bestimmung zur Diffamierung des Islam oder von Religionen generell, da dies mit dem Recht auf Meinungsfreiheit kollidiert wäre (2). Berichten zufolge wurden die Passagen zum Mittleren Osten und zum Islam erst knapp vor Annahme des Dokumentes gestrichen, wiewohl die nochmalige Bestätigung der Deklaration und des Aktionsprogrammes von 2001 weiterhin erhalten blieb (Gerstenfeld 2010).

Augenfällig war der Umgang mit oben skizzierter antisemitischer Agitation seitens der KonferenzveranstalterInnen. Der kosmopolitische Rahmen von Durban II war nicht per se antisemitisch, bot aber eine Bühne, auf der – allen Verurteilungen zum Trotz – antisemitische Andeutungen und Argumentationen letztlich nebeneinander stehen blieben. Auf der Abschlussveranstaltung, also bereits nach Ahmadinejads Skandalrede, meinte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Pillay: „The best riposte for this type of event is to reply and correct, not to withdraw and boycott the Conference.“ (18) Beim gleichen Anlass ergänzte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon: „That is what the United Nations is all about – people coming together from all walks of life to engage in dialogue and find common ground so that all members of our global community can live in peace and dignity.“ (19) Bereits zu Beginn von Durban II hatte Pillay das Fernbleiben oben genannter Länder von dieser „celebration of tolerance and diversity“ (14) beklagt. Als besonders negativ nahm Pillay den Rückzug der USA zur Kenntnis (von Israel beispielsweise war nicht die Rede), obwohl im Abschlussdokument keine länder- und regionenspezifischen Hinweise und somit auch keine Hinweise auf Israel/Palästina vorkamen (17). Lediglich die Formulierung von der fremden Besetzung in § 5 könnte als Bezugnahme auf den Nahostkonflikt gewertet werden (1).

Die Bemerkungen Pillays, wonach die abwesenden Staaten aus politischem Kalkül, die teilnehmenden jedoch aus Überzeugung bezüglich der Richtigkeit dieser Veranstaltung gehandelt hätten, demonstrieren ein Bedürfnis nach globalem harmonischen Dialog. Zur Partizipation daran seien ideologische Abgründe hintanzustellen. Die destruktiven Kräfte sind Pillays Lesart zufolge vor allem jene, die den Auftritt Ahmadinejads und anderer weniger prominenter antisemitischer RednerInnen vorhersahen und ihre Teilnahme an Durban II verweigerten oder als Minimalmaßnahme den Saal verließen; nicht aber die, die weghörten, schwiegen und zur Tagesordnung übergingen. Schließlich dankte Pillay ausdrücklich der palästinensischen Delegation und der OIC für die gezeigte Kompromissbereitschaft bei der Formulierung des Abschlussdokumentes durch den Verzicht auf die für sie zentralen Forderungen (14). Der Iran sei laut Pillay auch Teil des im Abschlussdokument von Durban II zum Ausdruck kommenden Konsenses (22).

5. Beständige antisemitische Topoi im neuen kosmopolitischen Bezugsrahmen

Die dem vorliegenden Artikel zugrunde liegende Fragestellung sucht herauszufinden, wie sich Antisemitismus – ob nun gegen jüdische Individuen, Gemeinden, Organisationen oder gegen den Staat Israel in seiner demokratischen und jüdischen Verfasstheit gerichtet – in einer kosmopolitischen Umgebung wie den Vereinten Nationen transformiert, wobei unsere theoretischen Überlegungen auf dem Kosmopolitismusbegriff von Held und Archibugi basieren. Anhand unserer Fallstudie zu Durban II konnten wir in den relevanten Vorbereitungs- und Konferenzdokumenten den Versuch, den Staat Israel, der sich nicht nur selbst als jüdisch definiert, sondern auch von außen und nicht zuletzt von seinen FeindInnen so wahrgenommen wird, aus einer als homogen imaginierten und Nationalismen vordergründig überwindenden Weltgemeinschaft aufgrund des ihm unterstellten partikularistischen, dialogresistenten, ja antikosmopolitischen Verhaltens auszuschließen. Die KonferenzveranstalterInnen öffneten die globale Bühne für alle Staaten sowie eine breite Palette unterschiedlichster Nichtregierungsorganisationen bei Durban II. Delegationen wie die iranische, libysche oder pakistanische sowie die OIC nutzten den unbeschränkten Zugang zur Delegitimierung und Brandmarkung Israels als rassistisch und bisweilen nazistisch, um somit scheinbar dem Zweck der Antirassismuskonferenz gerecht zu werden. In den untersuchten Texten manifestiert sich dieser vorgeblich kosmopolitisch gewendete Antisemitismus in fünf Topoi, die wir anhand ausgewählter Quellenausschnitte belegten: die Fixierung auf Israel als alleinig schuldtragend am Nahostkonflikt, die Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit, die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus, der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung sowie die Kaperung jüdischer Holocausterinnerung. Letzgenanntes Moment ist von besonderer Tragweite, da einerseits der Vorwurf an Juden/Jüdinnen und an den Staat Israel ergeht, aus partikularer Erinnerung an die jüdische Opfererfahrung ungerechtfertigt moralisches und monetäres Kapital zu schlagen. Andererseits ist eine globale Tendenz zu beobachten, jede reale und vorgestellte Leidens- und Verfolgungserfahrung von der Weltgemeinschaft als „holocaustartig“ anerkannt zu bekommen und, so wie vor allem Pakistan und die OIC bei Durban II letztlich vergeblich bemüht waren, die in Europa und im Westen generell in unterschiedlicher Form existierenden gesetzlichen Schutzschranken vor Holocaustleugnung (siehe auch die entsprechende UN-Resolution) auf den Islam als Religion anzuwenden.

Selbstverständlich ist zu konzedieren, dass Durban II massive Proteste erfahren hat, denen durch die Nichtteilnahme oder den Rückzug zahlreicher westlicher Delegationen Nachdruck verliehen wurde. Auch die KonferenzveranstalterInnen selbst, allen voran die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Pillay und UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, wiesen beispielsweise Ahmadinejads Ausfälle eindeutig zurück. Desgleichen wollen wir hier keiner These das Wort reden, wonach Kosmopolitismus per se antisemitisch sei oder diesen stärker reproduzieren würde als andere politisch-ökonomische und soziopsychologische Settings der Moderne. Empirisch interessiert uns die Erforschung der Transformation antisemitischen Sprechens im Übergang von nationalstaatlichen Bezugsrahmen der Nachkriegsjahrzehnte hin zu kosmopolitischen Zusammenhängen, die unterschiedslose Partizipation und Deliberation in einer scheinbar entideologisierten Welt großschreiben. Die gegenständliche explorative Untersuchung versteht sich als Beitrag dazu. Normativ ist abschließend festzuhalten, dass die konsultierten Dokumente zwar rechtlich nicht bindend sind und eventuell keine realpolitischen Konsequenzen zeitigen. Die angeführten antisemitischen Manifestationen sind dennoch wahr- und ernst zu nehmen. Die Vereinten Nationen verfügen ob ihrer Gründung in Reaktion auf die nationalsozialistischen

Verbrechen und aufgrund der Einbindung fast aller Staaten dieser Welt über hohe Legitimität – eine Legitimität, die antisemitische AgitatorInnen für sich zu beanspruchen suchen.

ANMERKUNGEN

- 1 Teile dieses Beitrages wurden unter dem Titel *Durban II: Antisemitism in global cosmopolitan democracy* auf der Konferenz „Global Antisemitism: Crisis of Modernity“ an der Universität Yale vom 23. bis 25. August 2010 vorgestellt. Wir danken den HerausgeberInnen und dem/der GutachterIn für wertvolle Hinweise. Selbstverständlich sind wir für etwaige Fehler allein verantwortlich.
- 2 Da in der offiziellen Bezeichnung „Durban Review Conference“ die Konferenz in Genf direkt auf jene Konferenz 2001 in Durban verweist, verwenden wir im Folgenden für Erstere die international gängige Bezeichnung „Durban II“.
- 3 Die Zahlen in den Klammern verweisen auf die einzelnen im Anhang vollständig aufgelisteten Dokumente.
- 4 Das Europe – Third World Centre (CETIM) mit Sitz Genf ist laut eigener Auskunft eine Non-Profit-Organisation, die sich vor allem der Auseinandersetzung mit und der Kritik von neoliberaler Globalisierung und damit verbunden internationalen Beziehungen auseinandersetzt. CETIM besitzt konsultativen Status in einzelnen UN-Gremien.
- 5 Das Drammeh Institute mit Sitz in New York arbeitet eigenen Angaben zufolge im Bereich Antirassismus und Medien.

LITERATURVERZEICHNIS

- Archibugi*, Daniele (1995). From the United Nations to Cosmopolitan Democracy, in: Daniele *Archibugi*/David *Held* (Hg.): *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*, Cambridge, 121–162.
- Arendt*, Hannah (2001). Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München.
- Banton*, Michael (2002). Lessons from the 2001 World Conference Against Racism, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 28, Nr. 2, 355–366.
- Ben-Yisrael*, Khedva (2004). HaAntishemiyut HaYom – Shalav Khadash BeAnti-Leumiyut (Antisemitismus heute – Eine neue Phase des Anti-Nationalismus), in: *Kivunim Khadashim* (Neue Richtungen), Jg. 10, 69–74 (Hebräisch im Original).
- Finkelkraut*, Alain (2004). Im Namen des Anderen. Reflexionen über den kommenden Antisemitismus, in: Doron *Rabinovici*/Ulrich *Speck*/Natan *Sznajder* (Hg.): *Neuer Antisemitismus. Eine globale Debatte*, Frankfurt a. M., 119–132.
- Freedland*, Jonathan (2003). Is Anti-Zionism Antisemitism?, in: Paul *Iganski*/Barry *Kosmin* (Hg.): *A New Antisemitism? Debating Judeophobia in 21st Century Britain*, London, 113–129.
- Gerstenfeld*, Manfred (2010). Analyzing the Durban II Conference. Interview with Gerald Steinberg, in: PHAS, Nr. 96. Internet: <http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&TMID=111&LNGID=1&FID=381&PID=0&IID=3446> (26.03. 2010).
- Held*, David (1995). Democracy and the New International Order, in: Daniele *Archibugi*/David *Held* (Hg.): *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*, Cambridge, 96–120.
- Hirsh*, David (2007). Anti-Zionism and Antisemitism. Cosmopolitan Reflections, in: *The Yale Initiative for the Interdisciplinary Study of Antisemitism, Working Paper Nr. 1*.
- Holz*, Klaus (2001). Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg.
- Kübler*, Elisabeth (2008). „Als Individuen alles, als Nation nichts“. Postnationales Europa und nationalistisches Israel, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.): *Jahrbuch 2008. Schwerpunkt Antisemitismus*, Wien, 86–102.
- Lantos*, Tom (2002). The Durban Debacle. An Insider’s View of the UN World Conference Against Racism, in: *The Fletcher Forum of World Affairs*, Jg. 26, Nr.1, 31–52.
- Levy*, Daniel/Natan *Sznajder* (2007). Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt
- Maccoby*, Hyam (2006). Antisemitism and Modernity. Innovation and Continuity, London/New York.
- Matas*, David (2001). Durban Conference. Civil Society Smashes Up. Internet: <http://bnaibrith.ca/institute/articles/dm020107.html> (19.02.2010).
- Mréjen*, Emmanuel (1998). Israel and the Reform of the UN, in: *Israel Affairs*, Jg. 5, Nr. 1, 63–86.

- Salzborn*, Samuel (2010). Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M./New York.
- Sartre*, Jean-Paul (1994). Überlegungen zur Judenfrage, in: *Sartre*, Jean-Paul: Überlegungen zur Judenfrage, Reinbek, 9–91.
- UN Watch* (2007). The United Nations and Anti-Semitism. 2004–2007 Report, Genf.
- Whine*, Michael (2009). Durban II. Rescuing Human Rights from the United Nations, in: *Israel Journal of Foreign Affairs*, Jg. 3, Nr. 2, 15–22.

Primärquellen

1. Durban II: Conference Outcome Document 2009
2. Durban II: E-bulletin No. 8 2009
3. Durban II: First Right of Reply Islamic Republic of Iran 2009
4. Durban II: Meetings Summary 21 April 2009 (adopts outcome document)
5. Durban II: Meetings Summary 21 April 2009 (continues high-level segment)
6. Durban II: Meetings Summary 24 April 2009 (NGOs address conference on issues arising from the objectives of the conference)
7. Durban II: NGO Contribution Al-Zubair Charity Foundation 2009
8. Durban II: NGO Contribution CEJI 2009
9. Durban II: NGO Contribution CETIM 2009
10. Durban II: NGO Contribution Joint Statement of Civil Society in the Netherlands 2009
11. Durban II: NGO Contribution Neda Institute for Scientific and Political Research 2009
12. Durban II: NGO Contribution NGOs Against Racism Against Arabs, Africans and Muslims 2009
13. Durban II: NGO Contribution People United Against Racism 2009
14. Durban II: Opening Statement High Commissioner for Human Rights 2009
15. Durban II: Organization of Work 2009
16. Durban II: Press Release 12 December 2008
17. Durban II: Press Release 19 April 2009
18. Durban II: Press Release High Commissioner for Human Rights 20 April 2009
19. Durban II: Press Release Secretary General 20 Apr 2009
20. Durban II: Press Release 21 April 2009
21. Durban II: Press Release 23 April 2009
22. Durban II: Press Release 24 April 2009
23. Durban II: Statement Egypt during High-level Segment 2009
24. Durban II: Statement Islamic Republic of Iran as delivered (unofficial transcript) 2009
25. Durban II: Statement Islamic Republic of Iran as translated in http://www.durbanreview.org/Durban_Review_Conference_2009/Ahmadinejad_speech_to_durban_review_conference_on_racism.shtml (23.03.2010)
26. Durban II: Statement Islamic Republic of Iran during High-level Segment as distributed 2009
27. Durban II: Statement Norway during High-level Segment 2009
28. Durban II: Statement OIC during High-level Segment 2009
29. Durban II: Statement Pakistan on behalf of the OIC at the Closing Session 2009
30. Durban II: Statement Saudi-Arabia during General Segment 2009
31. Durban II: Statement Sudan 2009
32. Durban II: Statement Sweden during General Segment on Behalf of the EU 2009
33. Durban II: Statement United Kingdom during High-level Segment 2009
34. Durban WCAR: Declaration of the NGO Forum 2001
35. Durban WCAR: Full Report (Declaration & Programme of Action) 2001
36. General Assembly: A/RES 61/149 2007
37. Human Rights Council: Report Special Rapporteur Racial Discrimination Jan 2007
38. Human Rights Council: Report Special Rapporteur Racial Discrimination Aug 2007
39. Human Rights Council: Statement Algeria on Rep SR Racial Discrimination 2007
40. Human Rights Council: Statement Islamic Republic of Iran 2009
41. Human Rights Council: Statement Netherlands 2009
42. Human Rights Council: Statement OIC 2009
43. Human Rights Council: Statement South Africa 2009
44. Human Rights Council: Statement United Kingdom 2009

45. Intergovernmental Working Group, 2nd meeting: Revised Version Technically Reviewed Text 2009
46. Intergovernmental Working Group, 2nd session: Rolling Text Chairperson-Rapporteur 2009
47. Intersessional Intergovernmental Working Group: Implementation of the Mandate of the Working Groups 2008
48. Intersessional Intergovernmental Working Group: Implementation of the Mandate of the Working Groups 2009
49. Preparatory Committee: Statement Ambassador of Pakistan on Behalf of the OIC 2007
50. Preparatory Committee, 1st session: Letter from CEO of Canadian Council for Israel Withdrawing Its Application for Accreditation 2008
51. Preparatory Committee, 1st session: Reply Islamic Republic of Iran to the Questionnaire 2008
52. Preparatory Committee, 1st substantive session: Opening Statement OIC 2008
53. Preparatory Committee, 1st substantive session: Statement Algeria 2008
54. Preparatory Committee, 2nd substantive session: Contribution Asian Region 2008
55. Preparatory Committee, 2nd substantive session: Report of the Intersessional Open-ended Intergovernmental Working Group 2008
56. Regional Conference Africa: Replies to the Questionnaire States of the African Region 2008
57. Regional Conference Latin America/Caribbean: Open Letter from BADIL Resource Center for Palestinian Residency & Refugee Rights on Confronting 'the Root Causes of Racism at the Upcoming UN World Conference Against Racism' 2008

AUTORINNEN

Matthias FALTER, derzeit Doktoratsstudium der Politikwissenschaften an der Universität Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter für Politische Theorie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien
E-Mail: matthias.falter@univie.ac.at

Elisabeth KÜBLER, Dr., Studium der Politikwissenschaften und Judaistik an den Universitäten Wien und Tel Aviv, Doktorat zu europäischer Holocausterinnerungspolitik, MSc European Studies: Ideas and Identities an der London School of Economics, Lehrbeauftragte am Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien und Fachhochschulprofessorin an der Lauder Business School Wien.

Korrespondenzadresse: Lauder Business School, Hofzeile 18-20, A-1190 Wien
E-Mail: elisabeth.kuebler@univie.ac.at



Vidal-Naquet P.

Die Schlächter der Erinnerung

Essays über den Revisionismus

WUV 2002, 220 Seiten
ISBN 978-3-85114-661-5
EUR 22,- [A]

Seit mehr als vierzig Jahren hat Pierre Vidal-Naquet in mehreren Werken aufgezeigt, dass eine historische Erzählung niemals eindeutig ist, dass sie in verschiedenen Stimmen gesprochen wird. In diesem Buch denkt der Autor über die Entstehung und die Verbreitung der Sekte nach, dies es sich zur Aufgabe macht, die Vernichtung von Millionen von Juden durch das Dritte Reich ganz einfach in Abrede zu stellen.



Dahmer Helmut

Soziologie nach einem barbarischen Jahrhundert

WUV 2001, 91 Seiten
ISBN 978-3-85114-567-0
EUR 9,90 [A]

Helmut Dahmer plädiert in diesem Essay für eine Soziologie, die wieder den Anspruch erfüllt, gesellschaftliche Machtkonstellationen nicht, als wären sie naturgegeben, bloß zu beschreiben, sondern auf ihre Veränderungen hinzuwirken. Mit dem Ziel einer Repolitisierung der Soziologie zeigt er auf, wie sich die wissenschafts- und kulturkritischen Theorien Nietzsches und Freuds für die Soziologie nutzbar machen lassen.